

Götterdämmerung des Gaullismus

Dieser Aufsatz wurde am 6. Dezember 1965 abgeschlossen, das heißt einen Tag nach dem ersten Wahlgang der französischen Präsidentschaftswahlen, bei dem de Gaulle knapp 44 vH der Stimmen erhalten hat. Es wurde also nur Wert darauf gelegt, die allgemeinen Tendenzen zu skizzieren, die sich bei der Wahl vom 5. Dezember abgezeichnet haben.

Unmittelbar vor Redaktionsschluß wurde dann das Ergebnis des zweiten Wahlgangs, vom 19. Dezember 1965, bekannt; man kennzeichnet es wohl richtig als einen sehr mittelmäßigen Sieg des Generals, der, bei 16 vH NichtWählern, nur 55 vH der gültigen Stimmen erringen konnte. Schon spricht man denn auch in Frankreich vom „dritten Wahlgang“, in dem die eigentliche Entscheidung fallen werde — gemeint sind die spätestens im Frühjahr 1967 fälligen Wahlen zur Nationalversammlung . . .

Die Redaktion

I

Jene, die am Abend des 5. Dezember 1965 die Bekanntgabe der Resultate des ersten Wahlganges der französischen Präsidentschaftswahlen verfolgten, hatten im allgemeinen eine Reaktion, die in folgender Formulierung zum Ausdruck kam: „*De Gaulle* ist ein Kandidat wie alle anderen ...“ Der Mythos schien wie mit einem Schlag verschwunden, der Zauber schien gebrochen zu sein. Ein Volk, das sich im Jahre 1958 angesichts einer Gefahr, von der es glaubte, ihrer nicht selbst Herr werden zu können, einem Retter anvertraut hatte, scheinbar froh, der Verantwortung entledigt zu sein, hat am 5. Dezember 1965 den Mann in die Minderheit versetzt, der vor der Wahl mit selbstherrlichem Zynismus erklärt hatte: „Werde ich nicht gewählt, so verfällt Frankreich dem Chaos.“ Was ist in Frankreich geschehen, wie ist das Resultat vom 5. Dezember zu erklären, und welche Perspektiven eröffnen sich jetzt für das Land? Der relative Mißerfolg de Gaulles beim ersten Wahlgang hat die verschiedensten Ursachen, von denen die wichtigsten die folgenden zu sein scheinen:

1. Die Politik der wirtschaftlichen und sozialen „Stabilisierung“, die im Grunde darauf beruht, der wirtschaftlichen Expansion Einhalt zu gebieten und das Lebensniveau der Werktätigen auf einem unbefriedigenden Stand zu belassen, ist insbesondere unter der Arbeiterschaft auf Widerstand gestoßen, um so mehr, als die klassisch-reaktionäre Politik der Deflation, die die Regierung de Gaulles bereits im Jahre 1958 unter dem Finanzminister *Pinay* aufgenommen und dann im Jahre 1963 unter dem Finanzminister *Giscard d'Estaing* wiedereingeführt hatte, in verschiedenen Gebieten Frankreichs zu Entlassungen und Kurzarbeit geführt hat. Die Reaktion der drei großen französischen Gewerkschaftsverbände konnte also nicht erstaunen: Mit mehr oder minder großer Präzision haben sie alle ihre Anhänger aufgefordert, zwar nicht für diesen oder jenen Kandidaten (mit Ausnahme der CGT, die für den Kandidaten der Linken, *François Mitterand*, eintrat), aber doch „gegen die Regierung“ zu stimmen. Der Zauber de Gaulles, dem auch ein großer Teil der Arbeiterschaft erlegen war, schien angesichts einer eindeutig konservativen Wirtschafts- und Sozialpolitik verflogen zu sein.

2. Unter den französischen Landwirten hatte sich angesichts der Politik de Gaulles gegenüber dem Gemeinsamen Markt eine wachsende Beunruhigung bemerkbar gemacht. Die Haltung des französischen Staatsoberhauptes, die mehr auf nationalistisch-machtpolitischen Erwägungen als auf wirtschaftlichen Motiven beruhte, ließ unter den Landwirten die Befürchtung aufkommen, daß der europäische Markt den französischen Landwirtschafts-

Produkten verschlossen werden könnte. Es war in dieser Beziehung symptomatisch, daß alle Landwirtschaftsverbände, ohne Ausnahme, eindeutig und entschieden gegen de Gaulle Stellung genommen haben.

3. Ein großer Teil der französischen Bevölkerung, die in den „Zeiten der Gefahr“, insbesondere während des algerischen Krieges, bereit zu sein schien, dem Staatschef die Lösung einer Aufgabe zu überlassen, zu der sich die Vierte Republik als unfähig erwiesen hatte, hat während der letzten Jahre — oft unbewußt — die Überzeugung gewonnen, daß Frankreich ein Regime auferlegt wird, dessen es im Grunde nicht bedarf; das heißt ein Regime der politischen Entmündigung, in dem alle Entscheidungen vom „Guide“ („Führer“), dem Lenker der Nation, allein und selbstherrlich getroffen werden, ohne daß die Regierung, das Parlament, die verschiedenen Berufsverbände und die Gewerkschaften irgendeinen Anteil an diesen Entscheidungen haben. Die Auflehnung gegen die Entmündigung wurde einem großen Teil der Bevölkerung mit besonderer Klarheit und in einer Art von Erleuchtung während der etwas über 14 Tage währenden Wahlkampagne bewußt, als die Regierung — „liberaler“ denn je — den Kandidaten der Opposition die Möglichkeit gab, sich am Rundfunk und am Fernsehen vernehmen zu lassen. In einem Lande, in dem die Regierung über sieben Jahre lang diese Instrumente der Massenmedia faktisch monopolisiert hatte, mußte dieser massive Einbruch der Kritik und Anklage in die bisher so gut abgeschirmte Atmosphäre systematischer Meinungslenkung wie eine Offenbarung wirken, und das war denn auch der Fall.

II

Uns scheint indessen, daß noch andere, vielleicht wichtigere Faktoren zu dieser Art von „Götterdämmerung“ des gaullistischen Regimes beigetragen haben, die in der relativen Niederlage de Gaulles am 5. Dezember ihren Ausdruck gefunden hat. Als erstes Moment ist darauf hinzuweisen, daß ein Teil des französischen Bürgertums, das sich im Jahre 1958 unter die schützenden Fittiche de Gaulles begab, nunmehr bestrebt ist, die immer lästiger werdende „Protektion“ des Generals abzuschütteln. Ein Mann wie *Jean Lecanuet*, der während der zwei Wochen, die der eigentliche Wahlkampf währte, eine große Popularität erwarb und immerhin 16 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielt, war ohne Zweifel der Sprecher jenes Teils des französischen Bürgertums, das nicht nur der lastenden Autorität des Generals müde ist, sondern auch die Außenpolitik de Gaulles, die ihm abenteuerlich erscheint, in immer größerem Maße anfechtet. Es handelt sich da um jene nicht unbedingt fortschrittlich zu nennenden Kreise, die „atlantisch“ gesinnt sind und de Gaulle vorwerfen, sich unbedingt in Gegensatz zu den Vereinigten Staaten zu stellen. Lecanuet und die Kreise, die ihn unterstützen, werfen General de Gaulle gerade jene Aspekte seiner Politik vor, die ein Teil der französischen Linken mitunter als „progressiv“ betrachtet hat, wenn auch von dieser Seite immer wieder auf die nationalistische Motivation de Gaulles hingewiesen worden ist; es handelt sich um de Gaulles Stellungnahme gegen den Vietnamkrieg, um seine Politik des „Flirts“ mit der Sowjetunion, um die Anerkennung Chinas usw. Die Presse des konservativen Bürgertums, die Lecanuet unterstützte, hat dem französischen Staatschef gerade diese „Abweichungen“ vorgeworfen, während die französische Linke — oder zumindest ein Teil von ihr — in einem ständigen Konflikt zwischen der Anerkennung gewisser Teilpositionen de Gaulles und der Ablehnung der Motive — der Großmachtpolitik — gestanden hat. Man tut gut daran, diese besondere französische Konstellation zu beachten, um zu begreifen, warum ein Teil der französischen Linken häufig „gaullistisch“ reagiert hat.

Wo steht heute diese französische Linke, deren Kandidat, *François Mitterrand*, am 5. Dezember einen Achtungserfolg mit 32 Prozent der abgegebenen Stimmen erzielte? Mehrere Faktoren sind bei der Beurteilung ihrer Position zu beachten. Zunächst die

Tatsache, daß sich alle Parteien und Gruppen, die zur Linken gehören, hinter Mitterrand gestellt hatten. Das bedeutet zunächst, daß es der Kommunistischen Partei gelungen ist, aus dem „Ghetto“ auszubrechen, in das sie seit dem Beginn des Kalten Krieges gesteckt worden war, auch seitens der demokratisch-sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Es steht keineswegs fest, ob das „Bündnis vom 5. Dezember — das eher ein Zweckbündnis war — auf die Dauer bestehen bleibt oder ob sich wieder der Hang, der Wunsch und der Wille durchsetzt, einen Teil der Arbeiterbewegung mit der bürgerlichen Mitte zu verbünden; was jedoch mit Bestimmtheit gesagt werden kann, ist, daß mit der veränderten Weltkonstellation bei vielen der Gedanke aufgekommen ist, die Kommunisten, die weiterhin über vier Millionen Wähler repräsentieren, in das „normale politische Leben“ einzuordnen. Ein nichtkommunistischer Politiker der Linken hat erklärt: „Wir sind für eine Volksfront, aber wir sind gegen eine Volksdemokratie.“

Dieses Wort reflektiert eine mögliche Perspektive, vor allem aber eine Hoffnung: daß sich nämlich angesichts der gewaltigen Veränderungen, die in den kommunistischen Ländern in der nachstalinistischen Periode zu verzeichnen waren und sind, die französischen Kommunisten „autonom“ machen und auf einige Dogmen verzichten, deren Existenz auch jenen, die zur Zusammenarbeit mit diesem Teil der französischen Linken bereit waren, ein positives Handeln in diesem Sinne unmöglich machte.

Heute scheint man von dieser Perspektive noch weit entfernt zu sein, da die französischen Kommunisten, auch ohne Druck Moskaus und aufgrund einer immer noch totalitären Konzeption der Beziehungen zu den anderen Sektoren der Linken, auch die Wohlmeinendsten entmutigen. Es bleibt die Tatsache — die vielleicht in der ganz anders gearteten Atmosphäre der Bundesrepublik schwer verständlich ist —, daß ohne die Integration der Kommunisten in eine positive Wirksamkeit der gesamten französischen Linken Frankreich notwendigerweise von konservativen Kräften regiert werden muß, seien es Kräfte gaullistischer oder „klassisch-konservativer“ Observanz.

Eine realistische Einschätzung der Lage läßt allerdings — zumindest für eine nahe Zukunft — keine allzu großen Hoffnungen oder Illusionen zu. Das Wahlergebnis vom 5. Dezember hat trotz dem Achtungserfolg Mitterrands gezeigt, daß die französische Linke einen eigentlichen Substanzverlust erlitten hat, der in den Wahlziffern zum Ausdruck kommt. Zur Zeit der Volksfront, vor dem Kriege, und zum Teil auch in der Nachkriegszeit, war es der französischen Linken, wenn alle ihre Parteien und Organisationen berücksichtigt werden, gelungen, über 40 Prozent der Stimmen in den verschiedensten Wahlgängen zu erhalten. Mitterrand hat aber am 5. Dezember trotz dem geschlossenen Eintreten aller Parteien der Linken und eines Teils der Gewerkschaftsorganisationen nur 32 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen können. Es handelt sich da um einen eigentlichen Substanzverlust, der nur zu einem Teil mit der immer noch bestehenden Anziehungskraft de Gaulles und der Tatsache erklärt werden kann, daß ihr Kandidat im Grunde aus bürgerlich-demokratischem Milieu und nicht aus der Arbeiterbewegung gekommen ist. Die Linke bezahlt, so scheint es uns, heute die Rechnung dafür, daß sie in der Vorkriegszeit und nach dem Kriege — zum Teil eben wegen ihrer Spaltung — nicht in der Lage gewesen ist, der Bevölkerung eine gültige, wirklich begeisternde Perspektive zu zeigen. Während ein Teil der französischen Linken einem wenig anziehenden Opportunismus huldigte, der insbesondere die Jugend von ihr entfernte, hat der andere Teil sich einer dogmatisch-wirklichkeitsfremden Aktivität hingegeben, die zu einem großen Teil auf Motiven beruhte, die mit der französischen Realität nichts gemein hatten.

Um es mit anderen Worten zu sagen: gegen de Gaulle ist zwar die Linke geeint in den Kampf gezogen, aber sie hat nicht — oder noch nicht — den Eindruck vermittelt, daß sie zur Ablösung des bestehenden Regimes bereit ist. Dies ist um so bedeutender, als

sich, wie bereits gesagt, ein Teil des französischen Bürgertums anschickt, die „Nachfolge“ de Gaulles anzutreten, so daß die Gefahr besteht, daß die nach-gaullistische Zukunft Frankreichs einem öd-grauen Konservatismus, ohne die autoritären „Abweichungen“ des gegenwärtigen Regimes, ähnelt.

III

Aber kann denn bereits von der „Ablösung“ gesprochen werden? De Gaulle hat immerhin 44 Prozent der Stimmen erhalten... Wir glauben, daß der Begriff „Ablösung“ durchaus aktuell ist, auch wenn de Gaulle noch einige Zeit an der Macht bleibt. Ein Mann, der sich auf die „Legitimität“ beruft und vorgibt, das gesamte französische Volk zu vertreten, muß als schwer „angeschlagen“ erscheinen, wenn ihm eine Mehrheit bei einer Wahl, die von ihm als Plebiszit betrachtet wurde, diese Ambition streitig macht. Im Bewußtsein eines sehr großen Teiles des französischen Volkes ist de Gaulle am 5. Dezember „entheiligt“ worden. An diesem Tag haben die meisten Franzosen zu ihrer politischen „Familie“ zurückgefunden, der Zauber des „Guide“, des Lenkers ihrer Geschicke, hat nur noch relativ schwach gewirkt, und die Arbeiterschaft insbesondere hat in ihrer überwiegenden Mehrheit gegen de Gaulle Stellung genommen. De Gaulle wurde, wie ein Politiker erklärte, als Mann der Rechten „entlarvt“.

Aber nicht allein das ist entscheidend. Viel wesentlicher erscheint noch, daß es de Gaulle nicht gelungen ist, seinem Regime eine Basis, eine Struktur, zu geben. Es ist heute unbestritten, daß die gaullistische Partei — die *Union pour la Nouvelle République* (UNR) — keine eigentliche Partei, sondern ein sehr loses Gebilde von Notabein und Gefolgsleuten ist, die durch keine Ideologie und auch nicht immer durch gemeinsame Interessen zusammengehalten wird, es sei denn das Interesse, de Gaulle als Beschützer erworbener Privilegien zu betrachten. Diese Menschen — auch die Minister und Berater, die de Gaulle umgeben — hängen vollständig in der Luft, wenn der Staatschef, wie es oft der Fall war, ihren Rat mit offen zur Schau gestellter Geringschätzung behandelt und sie bei jeder Gelegenheit spüren läßt, daß sein Einmannregime keinen „Nachfolger“ kennt. Es ist eines der interessantesten Kapitel der modernen Geschichte, das sich seinem Ende nähert: Ein Mann, der geistig turmhoch über den autoritären Staatsmännern steht, die in anderen Ländern an die Macht gelangten, hat ein ungeheures Kapital verspielt, indem er seine Tätigkeit in die Zwangsjacke von Vorstellungen steckte, die einer vergangenen Zeit angehören; und zu diesen Vorstellungen gehört — neben sehr konservativen Auffassungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik — die Idee von der „Größe Frankreichs“, im Zeitalter der gewaltigen Mächteblocks.

Politisch kann also de Gaulle nur ein Vakuum hinterlassen, und diese, manchmal auch unbewußte, Vorstellung von diesem Vakuum „nach de Gaulle“ hat, aus einer gewissen Angstvorstellung heraus, in den vergangenen Jahren zahlreiche Franzosen veranlaßt, ihm immer noch einmal Vertrauen zu schenken. Am 5. Dezember hat sich die Lage entscheidend geändert, auch wenn de Gaulle noch für eine Zeitlang die politische Szene beherrscht. Eine wirkliche Ablösung kann nur seitens der französischen Linken erfolgen, die, wie wir gesehen haben, dazu noch nicht bereit ist. Ein großer Teil des Bürgertums hat de Gaulle noch einmal eine Chance geben wollen, und es muß in diesem Zusammenhang die erfreuliche Feststellung getroffen werden, daß der zum Teil faschistisch orientierte rechtsextremistische Flügel des Kleinbürgertums dem Kandidaten *Tixier-Vignancour* nur fünf Prozent der Stimmen zugebilligt und damit gezeigt hat, daß von dieser Seite her keine Gefahr besteht.

Alles in allem: Der 5. Dezember 1965 hat eine entscheidende Wendung gebracht und hat jenen recht gegeben, die seit jeher den Standpunkt vertraten, daß der „Gaullismus“ im Leben Frankreichs nur eine Episode, wenn auch eine einschneidende, sein konnte.